

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler Mdl

www.margret-vosseler.de
[www.facebook.com/
margret.vosseler](https://www.facebook.com/margret.vosseler)



Dr. Günther Bergmann Mdl

www.guentherbergmann.de
[www.facebook.com/
drguentherbergmann](https://www.facebook.com/drguentherbergmann)

- **Halbzeitbilanz – Regierung Kraft vor Scherbenhaufen**
- **Landeshaushalt – Rekord mit falschen Vorzeichen**
- **Höhere Grunderwerbsteuer**
- **GFG 2015 – Kommunal-Soli ist Angriff auf Kommunen**
- **Mehr Asylbewerber – Land muss Verantwortung tragen**
- **Straßenbauprojekte im Kreis Kleve vorantreiben**
- **Forensik – Kleine Anfragen ohne genaue Antworten**
- **Landesjagdgesetz – gängeln, vorschreiben, verbieten**
- **Tariftreue- und Vergabegesetz – Gesetz überarbeiten**
- **LEP – auch Laarbruch und Hafen Emmerich im Fokus**
- **Rot-Grün legt Hochschulen an ministerielle Kette**
- **Kinderschutz fällt parteitaktischem Kalkül zum Opfer**
- **Mehr männliches Personal in Kindertagesstätten**
- **Hochwasserschutz im Fokus**

Halbzeitbilanz – Regierung Kraft vor Scherbenhaufen

Zur Halbzeit steht die Regierung Kraft vor einem Scherbenhaufen. Das Land wird unter den Möglichkeiten regiert. Die Landesregierung hat kein Ohr für Industrie und Wirtschaft. Statt durch gute Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, schafft Rot-Grün Wettbewerbsnachteile durch neue Belastungen wie Tariftreue- und Vergabegesetz, Klimaschutzgesetz, Landesentwicklungsplan oder Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Gleiches gilt für die Infrastrukturpolitik: Die Regierung Kraft hat bis heute nicht verstanden, dass Verkehrspolitik auch Wirtschaftspolitik ist. So ist das NRW-Haushaltsvolumen seit 2010 zwar um 20 Prozent aufgebläht worden, aber der Haushalt fürs Verkehrsministe-

rium und damit die Mittel für den dringend benötigten Infrastrukturausbau sind gleich geblieben. Das ist eine Kapitulation der Verkehrspolitik. Noch trauriger sieht es beim Breitbandausbau als Basis für die digitale Infrastruktur von morgen aus. Die Landesregierung verschläft die Zukunft und legt damit die Weichen dafür, dass NRW auch künftig hinten liegt.

Schuldenbremse unerreichbar

Trotz höchster Steuereinnahmen in der Geschichte und historischem Niedrigzins bleibt die Einhaltung der Schuldenbremse 2020 in weiter Ferne. Fakt ist: Elf Länder bauen Schulden ab, während die Regierung Kraft mehr Schulden als alle anderen Bundesländer zusammen macht. Mit dieser Haushaltspolitik schwächt sie auch unsere Verhandlungsposition bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen.

Slogan macht noch keine Politik

Unter dem Slogan „Kein Kind zurücklassen“ hat Frau Kraft die Messlatte für ihr eigenes Regierungshandeln sehr hoch gelegt. Daran gemessen ist festzustellen: Sie hat die Latte gerissen. Bei sämtlichen Tests belegt NRW einen hinteren Platz. Die Schüler-Lehrer-Relation ist so schlecht wie in keinem anderen Bundesland. Die Pro-Kopf-Ausgabe pro Schüler/Jahr liegt mit 800 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Und das Chaos um Inklusion dokumentiert das Gegenteil von „Kein Kind zurück lassen“.

Maßstab Jäger gilt nicht für ihn

Mit Blick auf das Innenressort erweist sich Minister Jäger als größte Belastung für die Landesregierung und NRW. Egal ob Flüchtlingsunterbringung, Bekämpfung von Salafismus, Polizeikonzept für Fußballspiele oder die Hooligan-Demo in

Köln: Überall hat Minister Jäger bewiesen, dass er der falsche Mann in diesem Amt ist. „Politische Verantwortung bedeutet, auch wenn keine persönlichen Fehler begangen wurden, aus dem Versagen des eigenen Ministeriums die Konsequenzen ziehen zu müssen“, so Jäger in der CDU/FDP-Regierungszeit. Dieser Maßstab gilt für sein eigenes Versagen offenbar nicht; sehr vielsagend...

Landeshaushalt – Rekord mit falschen Vorzeichen

Am 17. Dezember verabschiedete der Landtag mit rot-grüner Mehrheit den Haushalt 2015. Durch den Nachtragshaushalt 2014 war die Neuverschuldung im ablaufenden Jahr schon von 2,4 auf 3,2 Mrd. € gestiegen. Mit dem Haushalt 2015 kommen nach Schätzung des Finanzministers weitere knapp 2 Mrd. € hinzu.

Höhere Grunderwerbsteuer

Die CDU-Landtagsfraktion kritisiert die erneute Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5 % durch Rot-Grün. Die zweite Erhöhung binnen dreier Jahre sei ein Wortbruch. Mit dieser Erhöhung liegt NRW mit an der Spitze im Bundesländervergleich. Gerade junge Familien, die Eigentum bilden wollen, sind die Leidtragenden.

GFG 2015 – Kommunal-Soli ist Angriff auf Kommunen

Einmal mehr treibt die Kommunalpolitik von Rot-Grün die Kommunen vor Gericht, um einen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung abzuwehren. 66 Kommunen reichen sowohl vor dem Landes- als auch vor dem Bundesverfassungsgericht zeitgleich Klage

gegen den „Kommunal-Soli“ ein. Sie sehen diesen als verfassungs- und grundgesetzwidrige Zwangsabgabe an.

Zu den Geberkommunen gehören wie bereits im Vorjahr Straelen mit knapp 1,9 Mio. € (4 Mio. €, 2014) und Wachten donk mit 58.000 € (15.000 €, 2014). Die Kreis Klever CDU-Landtagsabgeordneten lehnen die Plünderung der kommunalen Haushalte durch den „Kommunal-Soli“ weiterhin als willkürlich und wirkungslos ab. Durch die Berechnungsmethodik werden die Kommunen über die Nutzung fiktiver Steuereinnahmen reich gerechnet. Für einheitliche Lebensbedingungen in den Kommunen ist das Land verantwortlich; Städte und Gemeinden sind damit überfordert.

Mehr Asylbewerber – Land muss Verantwortung tragen

Als Kreis Klever CDU-Landtagsabgeordnete begrüßen wir die 500-Millionen-Soforthilfe des Bundes für die Flüchtlingskosten in den Kommunen. Allein im Kreis Kleve könnte die Entlastung des Bundes zu einer finanziellen Hilfe von rund 1,4 Millionen Euro führen.

Leider bestätigt sich, dass die Landesregierung die Bundesmittel nicht zu 100 % an die Kommunen weiterleitet, sondern mit ihnen die großspurig angekündigten Maßnahmen des Flüchtlingsgipfels bezahlt. Traurige Wahrheit ist: Herr Schäuble finanziert Krafts teure Versprechungen.

Wir sind der Meinung, dass angesichts steigender Flüchtlingszahlen die Städte und Gemeinden erhebliche Mehraufwendungen für die Aufnahme,

Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber haben und deshalb die Landesregierung in der Pflicht steht zu helfen. Sie muss hier ihrer finanziellen Verantwortung gerecht werden.

Straßenbauprojekte im Kreis Kleve vorantreiben

Als Vertreter unseres Kreises stellten wir im Landtag zwei Kleine Anfragen zu wichtigen Straßenbauprojekten in der Region an die Landesregierung.

B 67n: Lücke zwischen A3 und A57 endlich schließen

Bergmann verwies in seiner Anfrage u.a. auf das fehlende, neun Kilometer lange Teilstück zwischen Gewerbepark Kehrum und Autobahnauffahrt Kervenheim. Die Landesregierung antwortete, dass „Straßen.NRW“ den Vorentwurf „B 67 Ortsumgehung Uedem Südabschnitt A 57 – L 77“ und „B 67 Ortsumgehung Uedem Nordabschnitt L 77 – L 174“ derzeit erarbeite. Der Trassenverlauf sei durch ein Linienbestimmungsverfahren festgelegt. Und: „Aufgrund des aktuellen Planungsstandes ist derzeit keine belastbare Prognose bezüglich eines Baubeginns möglich.“

OW1 weiter bauen

In ihrer Anfrage fragte Voßeler nach den Erfolgsaussichten des Baus der Kevelaerer Südumgehung OW1. Durch die Ausfinanzierung der im Landesstraßenbauprogramm 2015 enthaltenen Maßnahmen seien die vermutlich bereitstehenden Mittel bereits bis zum Jahr 2017 gebunden. Die Maßnahme, durch die eine direkte Verbindung zwischen dem 2002 freigegebenen Teilstück vom Brückenbauwerk an der B 9 in

Kevelaer bis zur A 57 in Sonsbeck sowie eine Ortsumgehung für die Ortschaft Winneken donk vorgesehen ist, dulde keinen mehrjährigen Aufschub.

Forensik – Kleine Anfragen ohne genaue Antworten

Nach dem Ausbruch eines Forensikpatienten aus der LVR-Klinik Bedburg-Hau, fragte Dr. Bergmann Gesundheitsministerin Steffens, wie sich die erneute Flucht eines Insassen auf die seitens der Landesregierung zugesagten Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen auswirke. Die Antworten auf die Kleinen Anfragen ist ernüchternd: keine Beschleunigung des 69-Betten-Neubaus, kein zusätzliches Geld an die Gemeinde wegen der Überbelegung der Forensik und kein verändertes Schulungsprogramm für Pfleger.

Fazit: Trotz offensichtlich funktionierender Sicherheitsmaßnahmen ist der mehr als 100 Jahre alte Klinikteil nicht gänzlich zu sichern. Verzögerungen bei der nötigen Modernisierung gefährdeten angesichts der hohen Belegungszahl von rund 500 (davon 395 permanent stationär untergebrachten) Patienten die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Der schon 2013 von Landesregierung und LVR angekündigte Neubau verschiebe sich weiter auf 2017. Und erst nach dem Neubau sollen die durch die Flucht in den Fokus gerückten Gebäude 25 und 28 saniert werden.

Landesjagdgesetz – gängeln, vorschreiben, verbieten

Margret Voßeler vertrat die CDU Ende Oktober bei der Regionalkonferenz des Landesjagdverbandes vor 2.500 Teil-

nehmern in Wesel. Auch mit dem neuen Entwurf des Landesjagdgesetzes bleibt die rot-grüne Landesregierung ihrer Bevormundungspolitik treu: Bis ins kleinste Detail glaubt sie, alles regeln, vorschreiben und verbieten zu müssen. In ihrem ideologischen Feldzug gegen die Jäger übersieht die Landesregierung, dass vor allem der Wald, landwirtschaftliche Kulturen, aber auch Gartenbesitzer und Hundehalter die Leidtragenden ihrer Regelungswut sein werden. Tierseuchen drohen, eine ernsthafte Gefahr zu werden, wenn die Jagd wie geplant eingeschränkt wird. Erschreckend ist, dass der Zusammenhang zwischen einer Zunahme von Katzen und dem Rückgang von Bodenbrütern unberücksichtigt bleibt.

CDU unterstützt Protest von Jägern und Naturnutzern

Während Reden und Handeln bei Rot-Grün weit auseinander klaffen, zeigen der massenhafte Protest aus dem ländlichen Raum und die Intervention der CDU Wirkung. So wurde zumindest die beabsichtigte weitere Zersplitterung der Jagdreviere durch Ausdehnung der Befriedungsmöglichkeit verhindert; an der Wiedereinführung der Jagdsteuer hält die Regierung allerdings fest.

Am 22. Januar findet dazu eine Anhörung statt.

Tariftreue- und Vergabegesetz – Gesetz überarbeiten

In den letzten vier Jahren hat der Landtag acht Mal über das Tariftreue- und Vergabegesetz debattiert sowie drei Anhörungen dazu durchgeführt. In allen Anhörungen war die Kritik vernichtend: gut gemeint, aber schlecht gemacht und praxis-

fern. Obwohl das Gesetz teils europarechtswidrig und grob mittelstandsfeindlich ist, hält Rot-Grün daran fest.

Die CDU hat einen Antrag eingebracht, mit dessen Hilfe sie hofft, wenigstens die schlimmsten Verfehlungen des Gesetzes abzumildern und eine teure Evaluation verhindern zu können. Wichtig ist u.a. die Streichung des vergabespezifischen Mindestlohns, da dieser bereits durch Bundesgesetz geregelt ist. In der Plenardebatte warb Bergmann dafür, das Tariftreue- und Vergabegesetz deutlich zu entschlacken, wenn Rot-Grün schon nicht bereit sei, es ganz abzuschaffen, was viel Arbeit und Debatten im Parlament und in den Unternehmen sparen würde.

LEP – auch Laarbruch und Hafem Emmerich im Fokus

Bis zum Frühsommer konnten Kommunen und Verbände Stellungnahmen zum Entwurf des Landesentwicklungsplans abgeben. Derzeit werden die über 1.700 überwiegend kritischen Stellungnahmen ausgewertet und gewägt. Kommunen und Verbände kritisieren insbesondere fehlende Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum und massive Einschränkungen für die Wirtschaft. Dieses Urteil teilte die CDU im Wirtschaftsausschuss. So wird der Flughafen Weeze nicht als landesbedeutsam eingestuft, sondern nur als Vorhaben mit regionaler Bedeutung. Auch die Bedeutung des Emmericher Hafens verkennt der LEP.

Rot-Grün legt Hochschulen an ministerielle Kette

Die Kreis Klever Landtagsabgeordneten kritisieren das von

der rot-grünen Mehrheit gegen CDU, FDP und Piraten durchgeboxte sog. „Hochschulzukunftsgesetz“. Bergmann bemängelte, dass das Wissenschaftsministerium künftig über Eingriffe in Personal-, Wirtschafts- und Haushaltsangelegenheiten Rahmenvorgaben erlassen könne, die Handlungsspielräume von Hochschulen wie der HRW in Kleve unnötig einschränkten. Das Ministerium lege die Hochschulen an die ministerielle Kette und erhalte Durchgriffsrechte im Wissenschaftsbetrieb.

Das Vertrauen der Hochschulen in die Landesregierung ist durch dieses Gesetz nachhaltig zerstört worden – mit absehbar nachteiligen Folgen für den Wissenschaftsstandort NRW.

Nicht einmal 24 Stunden nach Verabschiedung des Gesetzes frohlockte Ministerin Schulze schon in einem Schreiben an ihr Haus, dass sie nun endlich wieder wirksame Instrumente in der Hand habe, um beispielsweise Rahmenvorgaben und Hochschulpläne auf den Weg zu bringen. Diese sollten schnell genutzt werden. So bewahrheiten sich leider Befürchtungen, wonach Hochschulen in NRW immer stärker gegängelt werden.

Kinderschutz fällt parteitaktischem Kalkül zum Opfer

Mit ihrem Abstimmungsverhalten in gleich zwei Fachausschüssen des Landtages haben sich SPD und Grüne klar gegen den Kinderschutz positioniert. So hat die Regierungsmehrheit einen gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU, FDP und Piraten zum Ausbau des Kinderschutzes in NRW aus rein parteitaktischem Kalkül die Zustimmung verweigert.

Rot-Grün lässt Kinder zurück

Ziel des von der Ausschussvorsitzenden Margret Voßeler mitformulierten Gesetzentwurfes ist es, den interkollegialen Austausch von Kinderärzten in Bezug auf Verdachtsfälle körperlicher Misshandlung rechtlich zu ermöglichen. Dieses Gesetz wäre ein kleiner, aber wichtiger Baustein für den Schutz der Kinder vor häuslicher Gewalt gewesen. SPD und Grüne aber treten beim Kinderschutz auf die Bremse und lehnen das Gesetz nur ab, weil es von der Opposition kam. Wenn SPD und Grüne tatsächlich kein Kind zurücklassen wollten, hätten sie nur über ihren eigenen Schatten springen und unserem Gesetz zustimmen müssen. Das taten sie nicht – ein echtes Armutszeugnis für SPD und Grüne.

Mehr männliches Personal in Kindertagesstätten

Endlich kommt die Landesregierung einer CDU-Forderung aus dem Frühjahr nach: Das Land wird sich am bundesweiten Modellprojekt „Quereinstieg – Männer und Frauen in Kitas“ beteiligen. In der Vergangenheit hatte die CDU oft gefordert, dass NRW mit Initiativen das Interesse von Männern am Erzieher-Beruf weckt, um die Anzahl männlicher Fachkräfte in Kitas zu erhöhen.

Kinder profitieren von unterschiedlichem Herangehen

Nur etwa 3 % des Kitapersonals sind männlich. Fakt ist jedoch, dass Kinder – speziell Jungen – auch männliche Vorbilder benötigen. Kinder profitieren davon, wenn Männer und Frauen gleichermaßen im Betreuungsalltag mitwirken und die je-

weils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Herangehensweisen praktizieren. Insofern ist die Ankündigung der Landesregierung, sich an dem neuen Bundesmodellprojekt beteiligen zu wollen, ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung, der eine längst formulierte CDU-Forderung unterstreicht.

Hochwasserschutz im Fokus

Nach vielen Eingaben und Kommentaren sowie drei Kleinen Anfragen von Bergmann legte die Landesregierung nun endlich einen Plan zur Deichsanierung bis zum Jahr 2025 vor. Damit verfehlt Rot-Grün das selbstgesteckte Ziel, bis 2015 alle Deiche am Niederrhein zu sanieren. Aber endlich tut sich endlich wenigstens was...

Unsere Deichverbände hatten teils seit 1998 Planungen für Deichsanierungen in Düsseldorf eingereicht. Dort ließ man viel Zeit ins Land gehen, bevor nun endlich Bewegung in die Sache kam. Dass etwas passiert, ist auch ein Erfolg der kontinuierlichen Nachfragen der CDU im Landtag, die nun die Umsetzung einfordern und kritisch begleiten wird.

Zu guter Letzt...

Für die enge und kollegiale Zusammenarbeit im auslaufenden Jahr möchten wir uns auf diesem Wege bei Ihnen ganz herzlich bedanken.

Auf ein gutes, neues 2015!

Margret Voßeler
Heiko J. ...